

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

19. März 1952

425/J

Anfrage

der Abg. Koplenig und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die Haltung der Bundesregierung zum amerikanischen Versuch,
an Stelle des Staatsvertrages einen Skelettvertrag zu setzen.

- - - -

Die amerikanische Regierung und mit ihr die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs haben in gleichlautenden Noten an die Sowjetregierung ihre Absicht bekanntgegeben, die Ergebnisse von jahrelangen Verhandlungen über den Staatsvertrag zu annullieren. An Stelle des Staatsvertrages, dessen wesentlichste Punkte von den Vertretern der vier Grossmächte bereits übereinstimmend gelöst wurden, ist ein Skelettvertrag vorgeschlagen worden, von dem die massgebenden Presseorgane der Westmächte unverhüllt erklären, dass er nur zu dem Zweck ausgearbeitet wurde, um auf die Ablehnung der Sowjetregierung zu stossen. Obwohl es für jedermann klar ist, dass dieser Entwurf das Einvernehmen der Grossmächte, das allein Österreich dem Staatsvertrag näherbringen kann, nicht fördert, sondern nur hemmt, hat der Herr Bundeskanzler die "Initiative" der Westmächte begrüßt und sich damit in schärfsten Gegen- satz zu allen Österreichern gestellt, die keine Manöver um den Staatsvertrag, sondern seinen raschesten Abschluss und den Abzug der Besatzungstruppen wünschen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Ist die Bundesregierung bereit, unzweideutig zu erklären, dass der Staatsvertrag nur das Ergebnis einer Verständigung der Grossmächte sein kann, und dass sie daher den einseitigen Akt der Westmächte als ein Manöver zurückweist, das nur geeignet ist, den Kalten Krieg zu verschärfen und so das Zustandekommen des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu hintertreiben?
2. Ist die Bundesregierung bereit, öffentlich zu erklären, dass Österreich weder jetzt noch in Zukunft sich irgendeiner Mächtekohäsion (Atlantikpakt, Europa-Union usw.) anschliessen will?
3. Ist die Bundesregierung bereit, zu erklären, dass sie weder jetzt noch in Zukunft unter dem Deckmantel einer sogenannten Europa-Armee oder unter irgend einem anderen Titel der Aufstellung militärischer Formationen unter fremdem Kommando auf österreichischem Territorium zustimmen wird und dass sie jeden solchen Versuch wie auch die Errichtung von Militärstützpunkten als Anschlag auf die Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs betrachtet?

- - - - -